

RATHAUSREPORT

Wohnungsbau-Ersatz für neuen ILB-Standort am Hauptbahnhof



Hier, zwischen Hauptbahnhof und Havel, will die ILB bauen – der ursprünglich geplante Wohnstandort muss kompensiert werden, verlangt die LINKE.

Immer wieder ist es offenbar nötig, dass bei der rasanten Entwicklung in der Innenstadt jemand Obacht gibt, dass die Menschen nicht von nachempfundener Historie, musealen und Geschäftsbauten oder teurer Sanierung aus dem Zentrum verdrängt werden. Schon beim Ersatz von Wohnungen im Haus des Reisens war das so. Die Weigerung der LINKEN, den Wohnblock Am Alten Markt dem Leitbauteilkonzept für die Innenstadt einfach dem Abriss zu opfern, ohne für die etwa 120 Wohnungen adäquaten Ersatz zu planen, brachte der LINKEN sogar den gern wiederholten Vorwurf ein, generell gegen das Konzept zur Wiedergewinnung der historischen Mitte zu sein.

Nun bedurfte es erneut eines Antrages der LINKEN, einen potentiellen Wohnstandort zu sichern.

Die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) will in der Babelsberger Straße, an der Rückseite des Hauptbahnhofes, ein neues Geschäftshaus bauen – in lukrativer Lage am Havelufer und in Zentrumsnähe. Dazu muss allerdings der bestehende B-Plan 37 B geändert werden, denn in der Kerngebietsfläche sind Wohnungen für Senioren, Behinderte und sonstige zu betreuende Personengruppen vor-

gesehen. In einem Antrag, der in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen überwiesen worden ist, verlangt DIE LINKE nun, mit der für den ILB-Zweck notwendigen Änderung des B-Planes 37 B „Babelsberger Straße“, in denen Wohnungsbau- in Gewerbeflächen umgewidmet werden sollen, „vollständiger Ersatz zu schaffen“. Ersatzflächen seien beispielsweise auf den bisher für gewerbliche Nutzungen vorgesehenen Flächen an der Friedrich-List-Straße östlich vom Verkehrskreisel möglich.

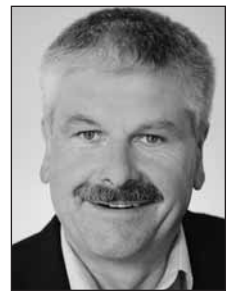
Bei der Ansiedlung der ILB sei weiterhin eine hohe architektonische und landschaftliche Qualität der Gebäude und ihres Umfeldes (Baukultur) sicherzustellen. Vom Vorhabenträger ist ein offener Architektenwettbewerb gemäß RPW 2008 auszuloben. Die öffentlichen Flächen sind mit dem Freiflächensystem der Landeshauptstadt Potsdam zu vernetzen.

„Stadtentwicklungspolitisch sollte dem Wohnen an Naturräumen der Vorrang eingeräumt werden. Wird davon abgewichen, sind die bisherigen Wohnbaupotenziale summarisch zu erhalten und an anderer Stelle innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des B-Planes zu kompensieren“, heißt es in der Antragsbe-gründung.

Mit auf den Weg ...

Liebe
Potsdamerinnen und Potsdamer,

aus der Sommer-pause zurückge-kehrt, gingen die Stadtverordneten in ihrer Sitzung gleich wieder in die Vollen. Fast 120 Tagesord-nungspunkte wur-den in der Vorbe-trachtung im Ältes-tenrat etwa auf die



Hälfte reduziert. Aber dieses Programm hatte es in sich. Die Anträge zu einer weiteren Vertiefung der Untersuchungen zu den Vorgängen in der EWP wurden von den Antragstellern zurück ge-zogen, da bereits umfangreiche Prüfungen im Gange sind und die Transparenzkommission ihre Arbeit aufgenommen hat. Deshalb war es auch richtig, dass eine deutliche Mehrheit das Ansinnen ablehnte, einen „Untersuchungsausschuss“ oder einen Sonderausschuss zur EWP zu bilden. Stattdessen soll sich der Hauptausschuss unter Vorsitz seines stellvertretenden Vorsitzenden mit der weiteren Prüfung befassen. Dabei soll nichts unter den Teppich gekehrt werden. Aber es muss auch um eine objektive Bewertung der Vorgänge ohne Vorurteile gehen.

Die Forderung nach mehr Transparenz gilt aber auch für die weitere Entwicklung des Brauhausbergs und die Frage eines Erhalts der Schwimmhalle und des „Minsk“. Es ist nicht hinnehmbar, wenn der Oberbürgermeister verhindern will, dass Einsicht in die Unterlagen zur Sanierung der Schwimmhalle genommen werden kann, um erst eine Entscheidung für den Bau des Freizeitbades im Bornstedter Feld durchzusetzen. Auch für die weitere Diskussion um ein neues Tierheim in Potsdam muss offener und unvor-eingenommener Umgang, in diesem Falle mit dem Tierschutzverein, gesichert werden, um endlich zu einer nachhaltigen Lösung zu kommen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
MdL, Fraktionsvorsitzender

Kampf an vielen Fronten

Wird die SVV in der Regel von zwei oder drei Themenschwerpunkten bestimmt, so gab es in dieser Sitzung eine vergleichsweise große Zahl von Vorlagen, die die Gemüter erhitzten - auch wenn sie für die gesamtstädtische Ent-



wicklung von unterschiedlicher Relevanz sein mögen. Gleich zu Beginn der Sitzung ließ der OB eine besonders schwarze Katze aus dem Sack: die Mehrkosten für die Sanierung der Humboldtbrücke werden das Stadtsäckel in den nächsten vier Jahren mit ca. 8,9 Mio. Euro zusätzlich belasten. Welche Auswirkungen dies auf dringend notwendige Investitionen in anderen Bereichen haben wird, mag man sich mit nur wenig Phantasie selbst ausmalen.

Um bauliche Fragen ganz anderer Art drehte sich die Debatte um einen B-Plan für die Schwanenallee. Zweifellos verfolgt der Investor, der dort die Matrosenstation Kongsnaes mit Gaststättenbetrieb, Biergarten und Bootsanleger wiedererrichten will, keine gemeinnützigen Zwecke - er will Geld verdienen. Ob aber die wenigen - gut betuchten - Anwohner, die mit allen medialen und juristischen Mitteln gegen dieses Vorhaben zu Felde ziehen, eher die Interessen der Allgemeinheit vertreten, darf zumindest bezweifelt werden. Mit einer denkbar knappen Mehrheit von einer Stimme entschied sich die SVV dennoch für die Aufstellung eines B-Plans, der nach dem Verlauf der Debatte wohl nur als Verhinderungsinstrument verstanden werden kann.

Zu späterer Stunde uferte auch die Diskussion zur Asphaltierung der Einfahrt des Josefs-Krankenhauses noch einmal aus. Da wünschte man sich auch als Stadtverordneter manchmal ein wenig mehr kollektiven Weitblick - sowohl bei der Themenwahl, als auch in Einzelfragen.

Stefan Wollenberg

Keine Abrisse aus „ideologischen Gründen“

Mit dem künftigen Umgang mit DDR-Architektur in der Landeshauptstadt befasste sich ein Antrag der LINKEN. Der Oberbürgermeister sollte beauftragt werden, ein Konzept „Grundsätze für einen differenzierten Umgang mit der DDR-Architektur in Potsdam“ vorzulegen, um (weitere) Verluste an schützenswerter architektonischer Qualität zu verhindern und aufzuzeigen, wie und wo die Erhaltung von denkmalwerten Zeugnissen der Architektur und des Städtebaus der DDR zu gewährleisten ist. In der Diskussion war sich das Plenum mehrheitlich einig, dass kein Abriss aus „ideologischen

Gründen“ gerechtfertigt sei. Der Baubeigeordnete bekräftigte diese Position in seiner Stellungnahme. Der bisherige Umgang mit der DDR-Architektur sei bis dato „ohne Fehl und Tadel“ gewesen, so Herr Klipp. Der Antrag der LINKEN wurde mehrheitlich beschlossen.



Die LINKE fragte - die Verwaltung antwortete

„Fliedergarten“ noch nicht geklärt

Schon im März 2011 hatte DIE LINKE auf die Probleme der Weiterentwicklung des Fliedergartens aufmerksam gemacht. In der Antwort des Oberbürgermeisters wurde Ende März mitgeteilt, dass der KIS ein Schlichtungsgespräch vorbereiten werde. Welche Ergebnisse in diesem Schlichtungsgespräch erzielt wurden, war die Frage. Hierzu teilte Bürgermeister Burkhard Exner mit, dass bisher keine Ergebnisse vorlägen, weil das Schlichtungsverfahren mit dem VGS und dem Verein der Hartz-IV-Betroffenen noch laufe.

Infos über Uferwege über Homepage

Zum Problem Sicherung des öffentlichen Uferwegs am Groß Glienicker See fragte Peter Kaminski: „Wie wird die Einbeziehung des Ortsbeirates, insbesondere des Ortsvorstehers und seines Stellvertreters, in die Arbeit der Stadtverwaltung zur Sicherung des öffentlichen Uferweges am Groß Glienicker See organisiert bzw. sichergestellt?“ Dazu nahm der OB in seiner Berichterstattung Stellung: „Um in Zukunft die Informationen über unser Vorgehen in Sachen Uferwege zu bündeln sowie den Betroffenen gezielter zur Verfügung zu stellen, werden wir auf der Homepage der Stadt unter www.potsdam.de eine eigene Seite zu dem Thema anlegen.“

Finanzierung der Humboldtbrücke

Zur Frage der LINKEN, wie der städtische Eigenanteil für die Sanierung der Humboldtbrücke erbracht werde, verwies der Beigeordnete Klipp auf den Bericht des OB. Der Oberbürgermeister hatte unter dem Thema „Nachtragshaushalt“ in sei-

nem Bericht erklärt, dass die diesbezüglichen Gespräche mit dem Land „leider keine Erhöhung der Förderquoten erbracht“ hätten. Es sei hierzu wichtig der SVV einen Nachtragshaushalt vorzulegen. „Durch diesen Nachtragshaushalt wird es möglich, die Fördermittelbeantragung und die Ausschreibung der Bauleistungen in 2011 sowie die Vergabe im Frühjahr 2012 sicher zustellen“, so Jann Jakobs. Der OB sprach von zusätzlichen Eigenmitteln von rund 8,9 Mio EUR. Die Stadt plane darüber hinaus, einen Teil dieser Summe durch Kreditaufnahme zu finanzieren.

Keine Hundetoiletten am Keplerplatz

Auf die Frage: „Wie ist die Planung zur Einführung von krähensicheren Abfallkörben bzw. Hundetoiletten auf dem Keplerplatz bzw. in anderen Neubaugebieten?“ antwortete die Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger, dass solche Maßnahmen durch die Stadt nicht finanziert werden können. Eine Hundetoilette koste zum Beispiel neu 900,00 EUR und der Unterhalt jährlich dann 300. Sie hoffe auf die Mitwirkung der jeweils ortsansässigen Wohnungsgesellschaften.

Brücke über Schnellstraße und Villa Grenzenlos

Für zwei Fragen der Linksfraktion nach der Sperrung der Brücke über die Nutheschnellstraße sowie zur Zukunft der Villa Grenzenlos wurde im ersten Fall darauf hingewiesen, dass es sich hier um einen noch laufenden Versicherungsfall handele. Beide Fragen sollten dann jedoch im nicht-öffentlichen Teil der SVV zur Debatte stehen.

Überwiesen an die Ausschüsse

Der VGS und sein Wohnungsbauprojekt

Jedermann ist sich einig: In Potsdam müssen in den nächsten Jahren tausend neue Wohnungen gebaut werden, auch um Verdrängungsprozesse zu verhindern. „Dazu müssen vielfältige Potenziale erschlossen und verschiedene Wege gegangen werden“, begründete Ralf Jäkel einen Antrag der LINKEN. Die Linksfraktion hat damit den Ball vom VGS übernommen, der darüber nachdenkt, auf Vorhalte- und Ersatzflächen – NICHT auf bestehendem Kleingartenland – preiswerte Wohnungen zu bauen. DIE LINKE fordert in ihrem Antrag den OB auf, das Vorhaben des VGS zu prüfen, auf den im Kleingartenentwicklungskonzept 2007 vorgesehenen Ersatzflächen Wohnungen im Sinne von Kleinsiedlungsgebieten zu bauen. Der Antrag wurde an den Ausschuss Stadtentwicklung und Bauen überwiesen.

Konzept für Wasser und Abwasser

Die Preise für Wasser und Abwasser betraf ein weiterer Antrag der LINKEN. Der OB wird aufgefordert, in enger Abstimmung mit der EWP ein Maßnahmenkonzept zu erarbeiten, mit dem eben diese Preise für den Zeitraum 2013 bis 2017 zu stabilisieren sind – so Fraktionschef Dr. Scharfenberg. Immer wieder stehe die Landeshauptstadt wegen der relativ hohen Preise für Abwasser und Wasser in der Kritik. Scharfenberg weiter: „Durch die gestaffelte Erhöhung der Preise ist die Entwicklung bis 2012 durch SVV-Beschluss vorgegeben. Deshalb sollte angestrebt werden, für die Restlaufzeit des seit 1997 gültigen Vertrages bis 2017 unter Verzicht auf weitere Preiserhöhungen eine Stabilisierung zu erreichen.“ Von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde angeregt, in dieses Konzept auch einen diesbe-

züglichen Vergleich mit anderen Landeshauptstädten einzuarbeiten. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen.

Änderung

B-Plan „Babelsberger Straße“

Die Erfüllung bestimmter Anforderungen an die städtebauliche Entwicklung und Ordnung sowie an die Baukultur im Zusammenhang mit der Ansiedlung der ILB an der Babelsberger Straße (B-Plan 37-B) mahnte DIE LINKE in einem Antrag an (siehe Seite 1). Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen.

Keine vollendeten Tatsachen schaffen

Die Entwicklung des Brauhausberggeländes und die Zukunft der Schwimmhalle am Brauhausberg befinden sich aktuell in intensiver öffentlicher Diskussion. Deshalb stellte auch

halle für die Standorte Brauhausberg und Bornstedter Feld so lange keine Vertragsabschlüsse und keine Grundstücksgeschäfte getätigt werden, bevor nicht abschließend über diesbezüglichen Anträge der Stadtverordneten in der Sache sowie über den Antrag auf Unterschutzstellung der alten Schwimmhalle als Denkmal abschließend entschieden ist. „Die bisher vorgestellten Pläne für den Brauhausberg stoßen auf breite Ablehnung in der Öffentlichkeit“, betonte Dr. Scharfenberg in der Begründung des Antrags. Die bekannt gewordenen Umstände bezüglich eines Badneubaus im Bornstedter Feld begründen erhebliche Zweifel am angestrebten Kostenrahmen und an der erreichbaren Qualität einer neuen Schwimmhalle, so Scharfenberg weiter. So genannte vollendete Tatsachen seien zu vermeiden, da das die Handlungsfähigkeit der Stadt einschränken würde. Der



DIE LINKE einen Antrag, in dem der OB beauftragt wird sicherzustellen, dass in den Anlegemeinungen Brauhausberg und Schwimm-

Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen.

Tierschutzverein will bauen

Potsdam braucht ein neues Tierheim, das unterstrich Dr. Scharfenberg in der Begründung zum Antrag, dass sich die SVV dafür aussprechen solle, dem Tierschutzverein Potsdam ein Grundstück für den Bau eines neuen Tierheims zur Verfügung zu stellen. „Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die dafür notwendigen Gespräche zu führen und die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen“, heißt es im Antrag. Der Hintergrund: Der Tierschutzverein hat sein Interesse bekundet, ein solches Tierheim zu bauen und sich um den Auftrag zur Betreuung der Fundtiere in Potsdam zu bemühen. Hans-Jürgen Scharfenberg: „Dem Anliegen des Vereins, dafür ein städtisches Grundstück zur Verfügung gestellt zu bekommen, sollte gefolgt werden.“ Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen.

Zurückgezogen

Keine Positionierung der SVV zum Stadtwerkfest

Obwohl man sich in Potsdam prinzipiell einig ist, dass auch das diesjährige Stadtwerkfest wieder ein voller Erfolg war, folgte die SVV nicht dem Antrag der LINKEN, das Fest als eine mittlerweile gute Tradition zu bewerten und seine Fortsetzung zu befürworten. Der OB sollte aufgefordert werden, in geeigneter Weise die Meinung der PotsdamerInnen zur Tradition des Bürgerfestes zu erfragen. In der Begründung wies Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg darauf hin, dass auch in diesem Jahr

viele Besucher das attraktive kulturelle Angebot trotz durchwachsenem Wetter genossen und die vielfältigen Informationsmöglichkeiten über die Arbeit der Stadtwerke genutzt haben. Ziel sei, so Scharfenberg, etwaige Diskussionen um die Berechtigung des Festes zu vermeiden sowie eine belastbare Grundlage für eine Weiterführung der Tradition zu schaffen. Selbstverständlich sei hierbei ein hohes Maß an Transparenz der Kosten zu sichern. Da jedoch einige Diskussionsredner das Problem sehr emotional und fast schon unsachlich zerredeten, zog Dr. Scharfenberg den Antrag zurück, „um Schaden für das Unternehmen zu vermeiden“.

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der

Stadtverordnetenversammlung
Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr
19. und 26. September; 10. und 17. Oktober 2011

35. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
Stadthaus, Plenarsaal
28. September 2011, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen

„Rathausreport live“

Bürgertreff Eiche,
Kaiser- Friedrich- Straße 106,
Ortsteil Eiche
02. Oktober 2011, Beginn 10 Uhr
Ausgabe „Rathausreport“
Nummer 7/2011
Stadthaus, Raum 3.107
07. bis 12. Oktober 2011 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:

07. Oktober 2011:
14:30 Uhr Kepler-Platz/Am Stern
15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center/
Stadtteil Drewitz
08. Oktober 2011:
10:00 Uhr Weberplatz/
Stadtteil Babelsberg
10:00 Uhr REWE-Markt/
Zentrum Ost
10:00 Uhr Haltestelle
Magnus-Zeller-Platz/
Am Schlaatz
10:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-
Straße/Waldstadt II
10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld

Bürgersprechstunde

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender
am Donnerstag, 22. September 2011, von 16:30 – 17:30 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Vorankmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkscharfenberg@aol.com

Schilfhof Am Schlaatz wird neue Qualität bekommen



Die Ladenzeile mit Kaufhalle im Hintergrund Am Schlaatz (l.) – der Schilfhof soll bald die Qualität bekommen, die der Keplerplatz am Stern schon hat. Auch hier hatte Michael Hoier-Schönbeck investiert.

Die 1984 gebaute Kaufhalle am Schilfhof war für die Anwohner schon fast abgeschlossen. Seitdem REWE einen Markt am nahen Horstweg eröffnet hat, sah man die Chancen zur Wiederbelebung des Schilfhofes für die Nahversorgung schwinden. Seit dem Rathaus Report Live am 4. September im Bürgerhaus können die Bewohner ihren Schilfhof wieder mit Optimismus betrachten. Investor Michael Hoier-Schönbeck, der bereits dem Keplerplatz im Zentrum Ost neues Leben eingehaucht hatte, war eingeladen worden, und er verkündete, dass die alte Kaufhalle abgerissen werde. An ihrer Stelle werde ein neuer Markt gebaut mit 1750 Quadratmeter Verkaufsfläche (einschließlich Getränkemarkt). Der Vertrag mit einem „großen Lebensmittelfilialisten“ liege zur Unterschrift vor, daher könnten noch keine Namen genannt werden. Der Umnutzungsantrag werde im

Oktober gestellt, so dass 2012 gebaut werden kann.

Zu Beginn werde die Ladenzeile des Erlenhofes saniert und erweitert, die Apotheke

den Schilfhof gibt, sondern darüber, wie es aussehen wird“, begrüßte Hans-Jürgen Scharfenberg die Mitteilungen. Er sichert dem Investor

seine Unterstützung zu. Die könne er auch gebrauchen, denn Mitte bis Ende des nächsten Jahres soll der Platz fertig sein.

Ein vielfältiges Sortiment Waren des täglichen Bedarfs, Lebensmittel, Textilien, Schreibwaren, Haushaltswaren soll angeboten werden.

„Wir brauchen hier keine Boutiquen“, sagte

er. Die Bewohner sollten das finden, was sie für die tägliche Versorgung brauchen.

Auf die Frage, ob denn auch an Platz zum Verweilen gedacht sei, konnte Hoier-Schönbeck schon konkret antworten: Die Bäckereikette Exner werde, wie am Stern, eine Filiale mit Außenbereich und 50 bis 60 Sitzplätzen einrichten. Und auch die Zusage, dass die Potsdamer Tafel hier unterkommt, bleibt, obwohl noch nicht feststehe, wo genau.



Michael Hoier-Schönbeck (M.) beim Rathaus Report Live im Bürgerhaus Am Schlaatz.

und die Schlecker-Filiale werden vergrößert, die Schau- fenster werden weiter vorgezogen, die Ladenzeile wird besser ausgeleuchtet, damit sie nicht wie in der Vorzeit zu Einbrüchen verleiten. Ermittelt werde noch, ob sich das Dach des Marktes für die Installation einer Photovoltaikanlage eigne. Der gesamte zentrale Platz des Schlaatz werde eine neue Qualität bekommen.

„Wir reden jetzt nicht mehr darüber, ob es ein Projekt für

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19